



# Minister Schäuble muss für Rücknahme der BImA-Klage gegen Berlin sorgen

**Pressemitteilung von Gesine Löttsch, 14. Mai 2015**

**„Finanzminister Schäuble muss gegenüber der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben unverzüglich dafür sorgen, die Klage gegen das Land Berlin zurückzunehmen“, so Gesine Löttsch anlässlich des Antrages der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) bei der Kammer für Baulandsachen gegen das vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg ausgeübte limitierte Vorkaufsrecht für die Berliner Grundstücke in der Großgörschenstraße/Katzlerstraße. Löttsch weiter:**

„Wir haben diesen Vorgang auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haushaltsausschusses setzen lassen. DIE LINKE wird zudem beantragen, dass das Bundesfinanzministerium die Rücknahme des Klageantrages erwirkt. Es ist nicht hinnehmbar, dass die BImA und das Bundesfinanzministerium gegen die Interessen der Mieterinnen und Mieter handeln.“

Dieses Beispiel zeigt erneut, wie wichtig eine

gemeinwohlorientierte Reform der  
Liegenschaftspolitik des Bundes ist. Wir haben dazu  
bereits den erforderlichen Gesetzentwurf vorgelegt.  
Auch der Finanzausschuss des Bundesrates hat eine  
solche Reform gefordert. Union und SPD müssen ihre  
verantwortungslose Blockadehaltung endlich  
aufgeben.“